

aller Kinder unserer erst 25 Jahre jungen Republik die 10-Klassen-Schule absolvieren. Und noch etwas kommt hinzu: Während in unserem sozialistischen Staat die allseitige Bildung unverzichtbares Recht jedes Kindes ist, werden selbst die Kinder und Jugendlichen kapitalistischer Länder, die jetzt durch die Gesamtschule eine 10-Klassen-Bildung erhalten, noch einseitiger und enger spezialisiert als bislang.

Die Gesamtschule hebt die soziale Ungerechtigkeit des kapitalistischen Bildungswesens keineswegs auf. Nach wie vor wachsen noch Analphabeten auf, wird die Mehrheit der Kinder der Werktätigen auf ihre Tätigkeit als willfähige Ausbeutungsobjekte der Monopolbourgeoisie abgerichtet, verläßt ein großer Prozentsatz der Schüler die Schule vor Beendigung der Pflichtschulzeit: in Italien 30 Prozent vor Abschluß der 8. Klasse, in England 40 Prozent und in Schweden 50 Prozent vor Abschluß der 9. Klasse.

Seit je sichert die herrschende Klasse in der kapitalistischen Ausbeuterordnung ihr Bildungsprivileg, indem sie dem werktätigen Volk nur so viel an Bildung gewährt, wie für die Profitrealisierung und für die Durchsetzung ihrer Klassenziele erforderlich ist. Friedrich Engels stellte das mit den folgenden Worten anschaulich dar: Wenn die Bourgeoisie den Arbeitern „vom Leben so viel läßt, als eben nötig ist, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie ihnen auch nur so viel Bildung gibt, als im Interesse der Bourgeoisie liegt.“<sup>2)</sup>

Völlig anders ist das in der sozialistischen Gesellschaft. Die Entwicklung allseitiger sozialistischer Persönlichkeiten und alle sich daraus ergebenden materiellen und geistig-kulturellen Konsequenzen durchdringen die gesamte Politik.

Die sozialistische Gesellschaft setzt Maßstäbe für die Lösung der Bildungsprobleme in unserer Epoche. Der Imperialismus erweist sich auch auf diesem Gebiet als unfähig.

Immer schon hat der Kapitalismus eine durch den Kampf der Arbeiterklasse erzwungene

## Der Bildungsinhalt ist nach wie vor reaktionär

Im Interesse ihrer Klassenherrschaft benutzen die Ideologen des Kapitalismus das Bildungswesen als ideologische Institution, um die Jugend fest an die bestehende Ausbeuterordnung zu binden, sie gegen ihre eigenen objektiven Klasseninteressen zu mobilisieren. Demagogisch propagieren sie „Demokratie“ und „Menschenwürde“, predigen sie „Klassenharmonie“ und „Partnerschaft“ zwischen Ausbeutern und Ausbeuteten, reden sie von „sozialer Sicherheit“ und „individueller Freiheit“. Was sie in Wirklichkeit darunter verstehen, offenbart sich im diskriminierenden Berufsverbot für fortschrittliche Lehrer.

Antidemokratisch und reaktionär sind nicht nur Ziel und Inhalt der Bildung, sondern auch die vielfältigen Methoden zur ideologischen Beeinflussung und geistigen Manipulierung der Jugend. Angesichts der gesellschaftlichen Erfolge in den sozialistischen Ländern einerseits und der Krisenerscheinungen in den Ländern des Kapitals andererseits bemühen sich die Ideologen der Bourgeoisie heute verstärkt, den realen Sozialismus in Verfall zu bringen und der überlebten Ausbeutergesellschaft eine Scheinperspektive zu konstruieren. Ihre illusionären Gesellschaftsbilder nennen sie „Demokratischer Sozialismus“, „Bildungsgesellschaft“, „Offene Gesellschaft“ usw. Gemeinsam ist allen diesen Konstruktionen, daß sie die Klassenver-

hältnisse verschleiern und auf dem Antikommunismus und Antisowjetismus basieren. Die antikommunistische Funktion der bürgerlichen Klassen-erziehung ist in den USA und in der BRD stark ausgeprägt. In diesen Ländern fordern selbst namhafte Politiker öffentlich: „Der Krieg gegen den Kommunismus muß in den Klassenzimmern gewonnen werden.“ Andere drücken in der Sprache der Militaristen aus, daß „die erste Verteidigungslinie, die Grundlage der nationalen Sicherheit das Bildungs- und Erziehungswesen“ sein müsse.

Hier reiht sich auch der Beschluß der Konferenz der Kultusminister der BRD vom Juni 1973 ein. Er bekundet, daß die aus der Zeit des „kalten Krieges“ stammenden „Empfehlungen zur Ostkunde“ weiterhin gültig sind. Mit diesen „Empfehlungen“ wurde 1956 der Revanchismus als Unterrichtsprinzip gesetzlich verordnet, wurden die Lehrer aller Unterrichtsfächer verpflichtet, Hetze gegen die Sowjetunion, die VR Polen, die CSSR und die DDR zu betreiben. Das sollen sie, wenn es nach dem Willen der Kultusminister geht, praktisch auch weiterhin tun. Denn, so erklärten diese in revanchistischer Manier, die Verträge der BRD mit der UdSSR, der VR Polen und der DDR hätten „keine Rechtsgrundlagen für die heute bestehenden Grenzen“ geschaffen.

Die Bildungsmisere ist eines